

## Integrationspolitik und Einbürgerung in den Niederlanden

Vortrag von Professor Erik Snel (Universität Twente)

Fachtagung „Zuwanderer willkommen – und dann? Kommunale Integration in NRW und in den Niederlanden“. Münster, 6. November 2003

### 1. Verschärfung der Minderheitendebatte in den Niederlanden

Die Niederlande gelten vom deutschen Standpunkt aus gesehen häufig als ein recht liberales und tolerantes Land. Obwohl ich mich durch diese deutsche Betrachtungsweise meines Landes geschmeichelt fühle, ist dies nicht immer gerechtfertigt. Besonders auf dem Gebiet der Zuwanderung und Integration sind die Niederlande in den vergangenen Jahren erheblich weniger liberal und tolerant geworden. Die niederländische Regierung will die Zuwanderung in die Niederlande beschränken. Die niederländische Politik ist davon überzeugt, dass die Integrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte versagt hat und führt im Augenblick sogar eine offizielle Untersuchung durch, um herauszufinden, *weshalb* die Integrationspolitik fehlgeschlagen ist. Die niederländische Bevölkerung *ärgert* sich an allerlei wirklichen und vermeintlichen Missständen unter Immigranten, besonders unter jenen mit einem islamitischen Hintergrund: Kriminalität, Fundamentalismus, Gewalt, frauendiskriminierendes Verhalten und so weiter. In der öffentlichen Meinungsbildung wird immer häufiger von einer kulturellen Kluft zwischen den Niederlanden und ihren Zuwanderern gesprochen und werden Ausländer dazu aufgerufen, sich den niederländischen Normen und Wertvorstellungen anzupassen.

Es ist unvermeidlich, dass sich dieses gewandelte politische Klima auch auf die geführte Zuwanderungs- und Integrationspolitik niederschlägt. Bereits unter den früheren links-liberalen Regierungen gab es Ansätze zu einer verpflichtenderen Herangehensweise an die Integrationspolitik. Die *Pflichteinbürgerung* von Zuwanderern, worüber wir heute im Besonderen sprechen ist ein gutes Beispiel dessen. Die heutige Regierung (bestehend aus Liberalen und Christen-Demokraten) geht jedoch noch einen Schritt weiter. Die Regierung will den Zustrom neuer Migranten beschränken. Zuwanderer, die dennoch kommen, müssen bereits im Herkunftsland einen Sprachkurs absolviert haben. Außerdem müssen die Zuwanderer ihren Einbürgerungskurs zunächst selbst bezahlen. Nur wer das Einbürgerungsexamen besteht, bekommt einen Teil der Kosten erstattet. Es werden sogar Stimmen laut, die fordern, dass Zuwanderer, die ihr Einbürgerungsexamen nicht bestehen oder den Kurs frühzeitig abbrechen keine Aufenthaltsgenehmigung mehr erhalten sollen.

Dies, meine Damen und Herren, sind kurz gefasst die Punkte, die in den Niederlanden im Augenblick eine Rolle spielen, wenn es um die Einbürgerung geht. Ich kann mir vorstellen, dass manche deutsche Zuhörer ihren Ohren nicht trauen möchten. Bereits im eigenen Land die niederländische Sprache als Pflichtübung? Keine Aufenthaltsgenehmigung, wenn man durch das Einbürgerungsexamen fällt? Was ist überhaupt ein Einbürgerungsexamen? Es werden zur Zeit in den Niederlanden allerlei sehr weitgehende Vorschläge zur Einbürgerung von neuen Zuwanderern gemacht, die Ausländern möglicherweise merkwürdig in den Ohren klingen. Ich werde versuchen zu erläutern, was die niederländische Einbürgerungspolitik genau umfasst, woraus die Hintergründe und Zielsetzungen dieser Politik bestehen, was wir über die Effekte dieser Politik wissen und woraus die aktuellen, politischen Vorlagen bestehen.

## 2. Die Einbürgerung von Zuwanderern

Um die Hintergründe der niederländischen Einbürgerungspolitik verstehen zu können, führe ich Sie gerne zurück zum Anfang der 90er Jahre. Die Niederlande verkehrten in einer tiefen, wirtschaftlichen Krise und verzeichneten eine hohe Arbeitslosigkeit. Besonders unter den so genannten ethnischen Minderheiten (Immigranten aus nicht-westlichen Ländern) war die Arbeitslosigkeit hoch. Eine wichtige Ursache dessen bildeten unter anderem die mangelnden Qualifikationen von Zuwanderern, nicht zuletzt deren geringe Beherrschung der niederländischen Sprache. Vor diesem Hintergrund fand Anfang der 90er Jahre eine tiefgreifende Änderung der niederländischen Minderheitenpolitik statt. Bis dahin besaß die Minderheitenpolitik einen stark kulturellen Charakter und konzentrierte sich vor allem darauf, dass Minderheiten ihre eigene Kultur erhalten konnten. Nach 1990 begann die niederländische Regierung es als ihre vorrangige Aufgabe zu betrachten, dafür zu sorgen, dass Zuwanderer selbstständig in der niederländischen Gesellschaft funktionieren und in erster Linie ihr eigenes Einkommen auf dem Arbeitsmarkt verdienen können.

Ein wichtiger Aspekt dieser neuen Politik bestand darin, dass Neuankömmlinge bessere Kenntnisse der niederländischen Sprache und Gesellschaft erhalten müssen. Ab 1996 wurden neue Immigranten mit einer Sozialhilfe – in der Praxis häufig anerkannte Flüchtlinge – dazu verpflichtet einen Sprach- und Einbürgerungskurs zu absolvieren. Zwei Jahre später, 1998, trat das Zuwanderungsgesetz (auf niederländisch Wet Inburgering Nieuwkomers (WIN)) in Kraft. Laut dieses Gesetzes müssen alle Zuwanderer in den Niederlanden ein Einbürgerungstrajekt absolvieren. Dieses Trajekt besteht aus drei Teilen. Der erste Teil umfasst die Einbürgerungsuntersuchung. Jeder neue Zuwanderer in den Niederlanden wird innerhalb von vier Monaten zu einem Gespräch mit einem Gemeindebeamten aufgerufen. In diesem Gespräch wird festgestellt, ob der Zuwanderer tatsächlich ein Trajekt absolvieren muss. In manchen Fällen, besonders bei Zuwanderern mit einem hohen Ausbildungsstand oder die bereits einen Arbeitsplatz haben, kann Freistellung erteilt werden.

Der zweite Teil des Trajektes besteht aus einem Unterrichtsprogramm. Das Programm umfasst 600 Unterrichtsstunden: 500 Stunden, um Niederländisch zu lernen und 100 Stunden für eine Orientierung hinsichtlich der niederländischen Gesellschaft. Nach Ablauf des Kurses legt der Teilnehmer eine Prüfung ab. Das Ziel ist, dass man daraufhin zu einem weiterführenden Unterricht oder auf den Arbeitsmarkt verwiesen wird.

Der dritte Teil besteht schließlich aus einem Trajekt zur Arbeitszuführung. Zuwanderer mit einer Sozialhilfe werden bei der Suche nach einer bezahlten Stelle begleitet. Unter anderem zu diesem Zweck findet während dieses Verfahrens eine Reihe von Gesprächen zwischen dem Zuwanderer und einem individuellen Trajektbegleiter statt. Diese individuellen Gespräche sollen dem Zuwanderer helfen, seinen Platz in der niederländischen Gesellschaft und auf dem niederländischen Arbeitsmarkt zu finden.

Für die Ausführung dieser Politik sind die Kommunen zuständig, die jedoch konkrete Aufgaben zu einem erheblichen Teil an Bildungsanstalten und Arbeitsämter delegieren.<sup>1</sup> Die Kommunen führen jedoch Regie und beaufsichtigen, dass alles ordnungsgemäß verläuft. Inzwischen hat sich die Einbürgerung zu einer kompletten Industriebranche entwickelt. Nach einem etwas mühsamen Start wurden Zehntausende von Einbürgerungstrajekten begonnen. Es stellt sich heraus, dass

---

<sup>1</sup> In Nederland organisaties voor arbeidsvoorziening.

sich die Einbürgerung auch nicht mehr auf neue angekommene Zuwanderer beschränkt. Aus der Erkenntnis heraus, dass auch Zuwanderer, die sich schon länger in den Niederlanden aufhalten, unzureichend integriert sind, entstanden auch für diese Personengruppen spezielle Einbürgerungsprogramme. Ich beschränke mich in meinem Vortrag jedoch auf die Einbürgerung neuer Zuwanderer. Zum Schluss darf nicht unerwähnt bleiben, dass es seit kurzem ein spezielles Einbürgerungsprogramm für 'geistliche Bedienstete' aus dem Ausland gibt: konkret, für Imams aus der arabischen Welt.

Diese Einbürgerungspolitik, wie sie sich in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat, hat inzwischen auch internationale Bekanntheit erlangt. Dänemark, das eine sehr strenge Zuwanderungs- und Integrationspolitik führen will, hat diese Politik übernommen. Soweit ich erfahren habe, ist auch in dem noch umstrittenen neuen 'Zuwanderungsgesetz' in Deutschland eine Pflichteinbürgerung für Zuwanderer vorgesehen, wenn auch ausschließlich für Asylbewerber. Umso mehr Grund, auch für Deutsche, zu betrachten, wozu die Einbürgerungspolitik in den Niederlanden genau geführt hat.

### 3. Einbürgerung in der Praxis

Bis zu dieser Stelle habe ich die Hintergründe und Zielsetzungen der niederländischen Einbürgerungspolitik dargestellt, aber was hat es in der Praxis gebracht. Die Praxis verlief keineswegs immer reibungslos. Ich nenne vier Problemfelder:

- Wartezeiten, unzureichende Plätze
- wenig differenziertes Kursangebot
- hohe Abbruchrate bei den Teilnehmern
- erreichtes Endniveau ausreichend, um selbstständig funktionieren zu können?

#### *Wartezeiten, unzureichende Plätze*

Besonders zu Anfang der Einbürgerungspolitik im Jahre 1998 herrschte ein großer Mangel an Plätzen für ein Einbürgerungstrajekt, wie auch an ausreichend qualifizierten Lehrkräften, die den Unterricht erteilen konnten. Als Folge dessen entstanden lange Wartezeiten. Dieses Problem wurde noch verschärft als, außer den neuen Zuwandern, auch Immigranten, die sich schon länger in den Niederlanden aufhielten, ein Einbürgerungstrajekt absolvieren konnten. Inzwischen gehören diese Schwierigkeiten jedoch der Vergangenheit an. Es gibt wenig oder keine Wartelisten mehr.

#### *Wenig differenziertes Kursangebot*

Ein zweites Problem betrifft den Unterrichtsinhalt, der zu wenig differenziert sei. Der Unterricht ist auf Zuwanderer mit geringen kulturellen Vorkenntnissen zugeschnitten. Als Folge dessen lernen Zuwanderer mit einem hohen Ausbildungsstand ihrer eigenen Ansicht nach jedoch zu wenig und sind sie häufig über den Unterrichtsinhalt frustriert. Untersuchungen unter Flüchtlingen mit einem hohen Ausbildungsstand belegen, dass sie viel mehr lernen möchten als ihnen der Kurs bieten kann. Jugoslawische Flüchtlinge mit einer recht guten Ausbildung erzählten mir im Rahmen einer Forschung, dass sie sich während der Einbürgerung langweilten. Beispielsweise wurde während des Unterrichts ausführlich erklärt, wie die Öffentlichen Verkehrsmittel in den Niederlanden funktionieren – etwas, was sie selbst schon längst in Erfahrung gebracht hatten. Es herrscht mit anderen Worten ein Bedarf an einem differenzierteren Unterricht, der besser auf die unterschiedlichen Niveaus der Zuwanderer aufbaut.

### *Hohe Abbruchrate unter den Teilnehmern*

Ein drittes Problem betrifft die hohe Abbruchrate unter den Teilnehmern. Dabei handelt es sich um *das* Problem schlechthin, das in der öffentlichen Diskussion über die Einbürgerung die größte Aufmerksamkeit genießt, was kennzeichnend ist für das verschärfte politische Klima in den Niederlanden, wenn es um Zuwanderer und Integration geht. Aktuelle Untersuchungen zur Einbürgerungspolitik belegen, dass die Abbruchrate unter den Teilnehmern zwischen 13 und höchstens 20 Prozent beträgt. Höchstens einer von fünf Zuwanderern schließt seine Einbürgerung also nicht ab!<sup>2</sup> Lokale Untersuchungen ergeben jedoch noch höhere Abbruchraten. Beispielsweise wird aus Rotterdam mitgeteilt, dass fast einer von drei Teilnehmern die Einbürgerung vorzeitig abbricht.<sup>3</sup> Weshalb hören Teilnehmer vorzeitig mit dem Unterricht auf? Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen.

Selbst aufgeführte Gründe für den Abbruch, nach Geschlecht gegliedert (in %)

	Insgesamt	Männer	Frauen
Schwangerschaft, Familienpflege	41	13	63
Arbeit	22	39	17
Medizinische / psychische Beschwerden	13	21	10
Kein Interesse / nicht sinnvoll	8	17	4
Andere Ausbildung	3	8	-
Kein Grund / Sonstiges	26	34	20
Insgesamt (N)	137	53	84

Insgesamt mehr als 100%, weil die Befragten zwei Gründe aufführen konnten

Quelle: Brink u.a. (2002), *Verscheidenheid in integratie* (S. 120).

Von einem Viertel der befragten Abbrecher von Einbürgerungskursen wissen wir nicht, weshalb sie aufgehört haben. Bei Frauen bilden Schwangerschaft und Pflegeaufgaben in der Familie die wichtigsten Gründe, um mit dem Einbürgerungskurs aufzuhören. Offensichtlich gibt es keine ausreichende Kinderbetreuung. Außerdem sehen Frauen mit einem arbeitenden Partner die Notwendigkeit der Einbürgerung häufig nicht ein, weil sie sich selbst lediglich eine Rolle zu Hause in der Familie zuerkennen. Bei Männern ist das Finden eines Arbeitsplatzes der wichtigste Grund für einen Abbruch. Man könnte behaupten, dass es sich dabei an sich um kein Problem handle, denn das letztendliche Ziel bestünde schließlich darin, Zuwanderern einen Arbeitsplatz zu beschaffen. Es handelt sich dabei jedoch durchaus um ein Problem, weil Zuwanderer, die sich zu schnell an die Arbeit machen, nicht ausreichend für den niederländischen Arbeitsmarkt ausgerüstet sind. Sie brechen ihre Einbürgerung für niedrig qualifizierte Arbeit ab, die ihnen wenig oder keine Zukunftschancen bietet. Dadurch bleiben sie sehr verletzte Bürger.

Sowohl für Frauen, die sich anstatt der Einbürgerung für den Haushalt entscheiden, wie auch für Männer, die schnell als Hilfsarbeiter ihr Brot verdienen, gilt, dass ihre Zukunftschancen in der niederländischen Gesellschaft langfristig sehr beschränkt

<sup>2</sup> M. Brink e.a. (2002), *Verscheidenheid in integratie*. Evaluatie van de effectiviteit van de WIN. Eindrapport. Amsterdam: Regioplan (p.91).

<sup>3</sup> Gemeente Rotterdam (2002), *Samen leven in Rotterdam*. Deltaplan inburgering: op weg naar actief burgerschap (p. 27).

sind. Es fällt außerdem auf, dass Männer oft aufgrund medizinischer oder psychischer Gründe ausfallen oder weil sie den Einbürgerungsunterricht nicht für sinnvoll halten.

Diese hohen Ausfallraten rufen die Frage hervor, was es eigentlich bedeutet, wenn wir sagen, dass es in den Niederlanden eine *verpflichtende* Einbürgerung gibt. Welche Sanktionen gibt es, um einen Abbruch zu vermeiden und weshalb funktionieren sie nicht? Die heutigen Verordnungen bieten zwei Sanktionsmöglichkeiten. Bei Zuwanderern, die von einer Sozialhilfe leben, könnte das Sozialamt im Falle eines Abbruchs eine Sanktion auferlegen. In der Praxis geschieht dies jedoch kaum. Bei Zuwanderern, die nicht von einer Sozialhilfe leben (beispielsweise mit einem arbeitenden Partner) gibt es die Möglichkeit, bei einem Abbruch eine Geldbuße aufzuerlegen. Auch dabei handelt es sich jedoch um ein kompliziertes Verfahren, das in der Praxis selten oder niemals angewendet wird. Mit anderen Worten: die Niederlande kennen zwar eine *verpflichtende* Einbürgerung, aber wenn der Immigrant diese Verpflichtung nicht erfüllt (beispielsweise indem er den Kurs vorzeitig abbricht), gibt es in der Praxis kaum Sanktionen, um dies zu verhindern. Dies ist ein wichtiger Grund, weshalb der neue Minister für die Zuwanderungs- und Integrationspolitik nach strengeren Regeln sucht.

Aber auch die Ausführungsorgane können viel mehr unternehmen, um Ausfälle zu vermeiden. Beispielsweise gibt es oft keine deutlichen Regelungen hinsichtlich von Versäumnissen. Außerdem ist die Kinderbetreuung für die Teilnehmenden der Einbürgerung oft unzureichend. Zu guter Letzt können die Kurse inhaltlich interessanter gestaltet werden und zwar durch ein differenzierteres Angebot, das besser auf die verschiedenen Möglichkeiten der Teilnehmer aufbaut. Beim heutigen Angebot handelt es sich zu sehr um Einheitswurst.

*Genügt das erreichte Endniveau, um selbstständig funktionieren zu können?*  
Die Gretchenfrage ist jedoch, was der Nutzen der Einbürgerung ist? Sprechen Teilnehmer nach Ablauf der Einbürgerung ausreichend Niederländisch, um den weiterführenden Unterricht absolvieren zu können, eine Arbeitsstelle zu finden und ganz allgemein selbstständig in der niederländischen Gesellschaft funktionieren zu können? Bei allen Diskussionen über die Organisation der Einbürgerung fällt auf, wie wenig wir über die erreichten Effekte dieser Politik wissen. Dies ist auch der Grund, weshalb ein Vergleich zwischen den Niederlanden und Deutschland so interessant ist. Sprechen neue Zuwanderer in den Niederlanden nach der Absolvierung eines Einbürgerungstrajektes besser Niederländisch und sind sie besser dazu in der Lage, eine weiterführende Ausbildung oder eine Stelle zu finden als neue Immigranten in Deutschland, wo es keine explizite Einbürgerung gibt? Die Antwort auf diese Fragen hoffen mein Kollege, Professor Thränhardt, und ich Ihnen in ein paar Jahren geben zu können. Jetzt wissen wir es noch nicht, wir müssten es untersuchen.

Ich kann Ihnen jedoch etwas über den erreichten Ergebnissen in den Niederlanden erzählen. Nach Ablauf des Unterrichts legen die Teilnehmer einen Test ab, womit das erreichte *Sprachniveau* erfasst wird. Sprachniveau 2 gilt als 'soziale Mindestkompetenz', das heißt, dass man sich im Alltagsleben in der niederländischen Sprache zu helfen weiß. Sprachniveau 3 gilt als 'berufliche Mindestkompetenz', das bedeutet, dass man sich bei der Arbeit in der niederländischen Sprache zu helfen weiß. Etwa 60 Prozent der Teilnehmer erreichen das Niveau 2 – also, das Niveau der sozialen Mindestkompetenz – *nicht*. Lediglich 10 Prozent aller Teilnehmer erreicht das Niveau der beruflichen Mindestkompetenz (hier gibt es aber Unterschiede, je nach dem ob man sich das Lese- oder Sprechniveau betrachtet).

Wenn das Ziel der Politik darin besteht, dass Zuwanderer nach Ablauf der Einbürgerung selbstständig in den Niederlanden funktionieren können, das bedeutet, dass sie weiterführenden Unterricht absolvieren oder eine bezahlte Arbeitsstelle finden können, dann müssen wir schlussfolgern, dass dieses Ziel nur von einer kleinen Minderheit der Immigranten erreicht wird. Mit anderen Worten, die erzielten Effekte der Politik sind sehr beschränkt. Offensichtlich genügen 500 Stunden Niederländischunterricht nicht, um ausreichend Niederländisch zu lernen.

	Lesen	Sprechen
Keine soziale Mindestkompetenz (Niveau < 2)	56%	63%
Soziale Mindestkompetenz (Niveau 2 oder 2,5)	30%	29%
Berufliche Mindestkompetenz (Niveau 3)	13%	8%
Insgesamt (N)	420	420

Quelle: Brink u.a. (2002), *Verscheidenheid in integratie* (p. 95).

Wie gesagt, wissen wir nur wenig über die Effekte der Einbürgerungspolitik. Meines Erachtens wäre es beispielsweise sehr interessant, sich die Sachlage in einem Jahr noch einmal zu betrachten. Sprechen die Zuwanderer jetzt besser Niederländisch? Absolvieren sie inzwischen eine Berufsausbildung oder haben sie eine Arbeitsstelle gefunden? Und sind Immigranten in den Niederlanden mit einer Einbürgerungspolitik besser integriert als in Deutschland ohne eine spezifisch darauf ausgerichtete Politik? Ich würde diese Fragen gerne zusammen mit Herrn Professor Dietrich Thränhardt untersuchen.

#### 4. Neuer politischer Kurs

Inzwischen haben wir in den Niederlanden eine neue Regierung, die mit den Ergebnissen der Einbürgerung auch nicht sehr zufrieden ist. Der Minister hat deshalb einige umwälzende Änderungen dieser Politik vorgeschlagen, ich habe diese Kursänderungen bereits zuvor angerissen und werde sie jetzt näher erläutern. Heute Nachmittag wird die neue Politik übrigens in einem der Workshops genauer dargestellt. Der zu Grunde liegende Gedanke bei der neuen Politik stützt sich auf zwei Ausgangspunkte. Die Regierung will auf der einen Seite 'bessere Leistungen im Einbürgerungsprozess mithilfe leistungsbezogener Leitprinzipien' und auf der anderen Seite 'eine stärkere Betonung der Eigenverantwortlichkeit des Einbürgerers durch die Einführung juristischer und finanzieller Anreize'.<sup>4</sup>

Ich beginne mit diesem letzten Punkt. Die Regierung will mehr Eigenverantwortlichkeit auf Seiten der Immigranten für eine erfolgreiche Einbürgerung. 'Eigenverantwortlichkeit' ist sowieso das neue Zauberwort der heutigen niederländischen Regierung. Sie will die Eigenverantwortlichkeit der Zuwanderer mithilfe bestimmter juristischer und finanzieller Anreize stimulieren. Mit anderen Worten, es wird die Immigranten Geld kosten, wenn die Einbürgerung nicht gelingt und möglicherweise führt es sogar zu juristischen Konsequenzen (sprich: keine Aufenthaltsgenehmigung). Wie will man dabei vorgehen?

An erster Stelle will die Regierung, dass die Zuwanderer bereits im eigenen Land einen Niederländischkurs absolvieren. Elementare Kenntnisse der niederländischen Sprache und der niederländischen Gesellschaft werden bei der Ankunft in den Niederlanden überprüft und gelten dann als Zulassungsbedingung. Wenn du die

<sup>4</sup> Rapportage Integratiebeleid Etnische Minderheden 2003, p. 20.

niederländische Sprache nicht ausreichend beherrscht, können wir dich leider nicht zulassen! Potenzielle Immigranten müssen also *selbst* bereits etwas unternommen haben, bevor sie in die Niederlande kommen. Wie die niederländische Regierung dies in die Praxis umsetzen will, ist mir übrigens unklar. Jedoch machen sich niederländische Bildungsanstalten bereits auf, um an den türkischen und marokkanischen Küsten Niederländischkurse abzuhalten.

An zweiter Stelle baut man finanzielle Anreize ein, um bessere Unterrichtsergebnisse zu erhalten und vorzeitige Abbrüche zu vermeiden. Zuwanderer müssen die Kosten des Kurses (schätzungsweise 6000 Euro) zunächst selbst bezahlen. Nur wenn man das Einbürgerungsexamen erfolgreich ablegt, bekommt man einen Teil des Geldes erstattet.

An dritter Stelle erhalten nicht nur die Zuwanderer, sondern auch die Anbieter des Unterrichts finanzielle Anreize, um bessere Ergebnisse zu erzielen. Dabei handelt es sich übrigens um eine allgemeine Philosophie, die bereits länger in der niederländischen Regierungspolitik Beifall findet. Die Regierung bezahlt nur, wenn das Resultat erzielt wurde: 'no cure, no pay'. Auch hinsichtlich der Einbürgerung will die Regierung zu dieser Output-Finanzierung übergehen. Wenn Teilnehmer durch das Examen fallen oder vorzeitig ausfallen, dann hat auch die Gemeinde Pech. Sie bekommt dann kein Geld.

Zu guter Letzt will die Regierung den 'Markt für Einbürgerung' freigeben. Im Augenblick gilt eine Art 'closed shop system': nur Lehranstalten dürfen Einbürgerungskurse anbieten. Die Regierung glaubt an die Segnungen eines freien Marktes und meint, dass sich die Qualität des Unterrichts verbessern werde, wenn die Unterrichtsanbieter untereinander konkurrierten. Nur die Zeit wird zeigen, ob dies tatsächlich der Fall sein wird. Die Kommunen betrachten dieses Maßnahmenpaket insgesamt jedoch als ein großes Problem, weil sie einerseits nur ihr Geld bekommen, wenn das gewünschte Ergebnis erreicht wird, dieses Ergebnis jedoch andererseits völlig von den privaten Unterrichtsanbietern abhängt.

## 5. Schlussfolgerung

Meine Damen und Herren, ich komme zu meiner Schlussfolgerung. Ich habe versucht in gedrängter Form einen Eindruck der niederländischen Einbürgerungspolitik zu vermitteln. Es handelt sich um eine Politik, die innerhalb kurzer Zeit aufkam (seit 1998), worin viele Leute ihr Brot verdienen, die hohe Ansprüche erhebt, deren Ergebnisse bisher jedoch enttäuschen. Gut betrachtet wissen wir jedoch nicht, ob neue Zuwanderer in den Niederlanden seit wir diese Einbürgerungspolitik haben, schneller Niederländisch lernen beziehungsweise bessere Chancen auf dem niederländischen Arbeitsmarkt haben als es ohne diese Politik der Fall wäre. Um dies herauszufinden, wäre es gut, die niederländische Situation mit der deutschen Situation zu vergleichen, in der es bisher keine explizite Einbürgerungspolitik gibt. Eine Vergleichsuntersuchung über die Einbürgerung in den Niederlanden und Deutschland könnte Aufschluss darüber geben, ob Zuwanderer in den Niederlanden *mit der entsprechenden Politik* die Sprache schneller lernen und leichter einen Arbeitsplatz finden als in Deutschland *ohne die entsprechende Politik*. Dies sollte eine zentrale Frage in der Untersuchung darstellen, die ich mit Herrn Professor Thränhardt durchzuführen hoffe.

Eine letzte Bemerkung betrifft den etwas allgemeineren Vergleich zwischen den Niederlanden und Deutschland. Die niederländische Integrationspolitik wurde in der letzten Zeit massiv angegriffen, weil sie zu geringem oder keinem Erfolg führe. Angesichts dessen, was ich heute über die geringen Ergebnisse eines spezifischen

Teils der Integrationspolitik, nämlich der Politik, die sich auf die Einbürgerung von Zuwanderern konzentriert, gesagt habe, lassen sich dafür wohl auch Gründe nennen. Einer der Teilnehmer an der Debatte über die fehlgeschlagene niederländische Integrationspolitik ist ein niederländischer Soziologe, der lange Zeit in Deutschland gearbeitet hat, Ruud Koopmans. Sein Aussage war, dass die Integration der Zuwanderer in Deutschland ohne allzu großen, politischen Anstrengungen viel besser gelungen sei als in den Niederlanden mit einer jahrzehntelangen Integrationspolitik. Wer weiß, ob dies auch für die Einbürgerung neuer Zuwanderern in beiden Ländern gilt. Untersuchungen müssten Aufschluss geben.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.